



Mein Standpunkt Beat Kappeler

Die liberale Schweiz muss chinesischen Staatsfirmen die Tür weisen

Plötzlich sind alle sehr liberal und wollen Chinas Aufkäufe schweizerischer Firmen nicht stoppen.

Dabei stören nicht die Aufkäufe an sich, sondern solche durch Staatsfirmen und die Staatskasse Chinas. Doch wenn der SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt dagegen einen Vorstoss macht, schliessen sich die Reihen überall dagegen, und man nennt sich deshalb liberal. Sogar die Blochers, der Vater und Tochter Martullo, sahen nur eine Gefahr bei Infrastrukturen, die schweizerischem Besitz entgleiten könnten. Andere trösten sich damit, dass bisher an der Führung der übernommenen Firmen wenig verändert wurde, sie nicht ausgehöhlt wurden - oder dass die Chinesen nur an Forschung und Entwicklung schnuppern wollen.

Das aber sind Scheinprobleme. Doch wenn Liberale Tür und Tor für Nicht-Liberale offen halten, dann hat dieser seltsame Liberalismus seine kämpferische Kraft verloren. Denn bei blossem Zusehen zerfiel schon manche liberale Ordnung. Die chinesischen Aktivitäten der jüngsten Zeit lassen auf eine strikte Marschrichtung der Pekinger Zentrale schliessen. Die liberale Schweiz muss solchen Strategien der Staatskassen die Türen weisen, nicht öffnen. Es braucht ein Gesetz, wonach Unternehmenskäufe durch Staatsfirmen oder mit Hilfe bedeutender Staatsmittel untersagt werden. Dieses sollte für einmal rasch eingefädelt werden, denn die Aufkäufer pflegen nämlich ihrerseits eine rasende Kadenz.

Am Beispiel der grossen Nachfolgesellschaften der Swissair kann der hohe Rhythmus und die schweizerische Naivität dabei

aufgezeigt werden. Der gesamte, international bedeutende Zudiensatz zur Fliegerei gehört nun Chinas HNA Aviation Group. Sie hat Gategroup, SR Technics und Swissport geschluckt, wobei zum Erwerb der Swissport die HNA gleich vorweg, unter Bruch von Regeln, die Kredite dazu aus den Aktien der zu kaufenden Firma selbst garantierte. So viel zum «Nicht-Aushöhlen», wie falsche Liberale dazu sagen.

Und naiv sind die schweizerischen Behörden wegen der hastigen, vergeblichen Zwei-Milliarden-Hilfe an die bankrotte Swissair seinerzeit, während sie heute liberal gar nichts mehr bei diesen Firmen tun wollen. Diese schlaffe Inkonsistenz steht der über Jahre geeichten Staatswirtschaft Chinas gegenüber.

Recherchen der «Financial Times» brachten nichts zu den wirklichen Eigentümern der HNA hervor. Die vorgeschobenen Leute figurieren nicht auf der Liste der reichen Chinesen. Der vermeintliche Hauptaktionär hat schummrige Adressen, eine liegt hinter einem Aphrodite-Schönheitssalon in Peking.

Entstanden ist HNA durch die Provinzfonds in Hainan. Innert weniger Jahre explodierte das Unternehmen auf rund 170 000 Beschäftigte und 30 Mrd. \$ Umsatz. Ohne Staatshilfe? HNA ist der gierigste Aufkäufer aller Staatsfirmen. Allerdings lässt sich die staatliche Chem China nicht lumpen, welche die schweizerische Syngenta kaufte. Über deren Aufkauf der deutschen Krauss-Maffei kam auch die schweizerische Maschinenfabrik Netstal dazu.

Noch etwas stört bei chinesischen Privatwie Staatsfirmen. Sie geniessen seit gut einem Jahr eine ungeheure Schwemme an



Es braucht in der Schweiz ein Gesetz, wonach Unternehmenskäufe durch Staatsfirmen oder mithilfe bedeutender Staatsmittel untersagt werden.

neu in die Welt gesetztem Notenbankgeld und an Staatskrediten daraus. Die Regierung - wieder sie - tritt damit den Ängsten westlicher Investoren entgegen, die Kreditblase des Landes könnte platzen. Man hat sie einfach noch mehr aufgepumpt, um allgemeine Liquidität vorzugeben. Das Gute daran - vielleicht können Private eines Tages nach einem Krach die Firmenteile im Westen wieder günstig zurückkaufen...

Nach diesem Ruf eines liberalen Walls gegen Staatsfirmen, die eine liberale Marktordnung nur ausnutzen, sei aber diese liberale Ordnung für alle anderen Fälle festgehalten. Wenn der Schweizer Firmenmarkt offen ist, werden auch Firmen angeboten, nicht nur wegverkauft. Wenn ausländische Firmen in der Schweiz auch entlassen dürfen, wie jetzt Bombardier, dann kommen sie auch immer wieder herein. In Frankreich züchten die Behörden «nationale Champions», sie reden den Firmen drein, wenn sie in Frankreich verkaufen oder entlassen.

Die Investoren drängen daher nicht gerade in die französischen Märkte. Hingegen bleibt die Schweiz offen für Firmen aus liberalisierten Märkten. Wie hier immer wieder gefordert, soll die offizielle Schweiz aber der schleichenden Verstaatlichung der Welt entgegenreten, gegen die Geldexpansion aus dem Nichts, gegen den massiven Kauf von Aktien, Unternehmens- und Staatsschulden durch Notenbanken und eben gegen Staatsfirmen an sich.

Freiheit braucht Mut, zeigte uns Schillers Wilhelm Tell. «Doch wie mich retten, wie die Schlinge lösen, die ich mir törigt selbst ums Haupt gelegt? Zerreiße sie mit männlichem Entschluss!» Mit weiblichem auch.